

An den Vorsitzenden
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie
Herr Frank Bommert, MdL

- im Hause -

Potsdam, den 08. Juni 2021

Beschlussvorschlag zum TOP 5 Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie und des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zum Stand der Neuausrichtung der Umweltpartnerschaft Brandenburg ab 2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Mitglieder der Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie schlägt vor, die Beschlussempfehlung wie folgt zu fassen

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die noch laufende Umweltpartnerschaft Brandenburg bis zum 31.12.2021 zu verlängern. Die Zeit bis dahin soll genutzt werden, um die Umweltpartnerschaft in enger Abstimmung und im Einvernehmen mit den Wirtschaftsverbänden neu zu konzipieren. Dabei soll der inhaltliche Focus auf Nachhaltigkeit, Klimaschutz sowie die Stärkung der Nachhaltigkeitsperformance der Brandenburger Wirtschaft gelegt werden. Die institutionalisierte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Ministerialebene soll gestärkt und die dafür notwendigen Kapazitäten abgesichert werden. Ein nahtloser Anschluss der neuen Umweltpartnerschaft spätestens zum 1.1.2022 ist zu gewährleisten.

Begründung:

Die derzeitige Umweltpartnerschaft läuft am 30.06.2021 aus. Seit längerer Zeit ist die Landesregierung im Gespräch mit den Wirtschaftsverbänden über die Fortschreibung, ohne dass bisher eine Verständigung erzielt werden konnte. Die vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz angestrebte Ausweitung auf ein breiteres Bündnis mit zusätzlichen gesellschaftlichen Partnern wird von der Wirtschaft nicht befürwortet, stattdessen eine stärker institutionalisierte Zusammenarbeit gefordert, die neben Anreizen und Erfahrungsaustausch für Unternehmen auch die frühzeitige Information über geplante Umweltrechtsetzungen optimiert.

Eine erfolgreiche Fortführung der Umweltpartnerschaft ist nur mit den Unternehmen, nicht gegen sie möglich. Bis zum 30.06.21 wird keine neue Vereinbarung unterschriftsreif sein. Um keine Lücke auftreten zu lassen, soll die noch laufende Umweltpartnerschaft bis zum Jahresende verlängert werden, um bis dahin zu einer

tragfähigen Übereinkunft zu kommen.

Sebastian Walter
Fraktion DIE LINKE

Andreas Büttner
Fraktion DIE LINKE